

Gemeinsame Antwort des Rates

Schriftliche Anfragen : E-5689/06 , E-5693/06 , P-5729/06 , P-5730/06

1. Obwohl die in den schriftlichen Anfragen der Abgeordneten genannte Baustelle die Errichtung eines Gebäudes betrifft, in dem Dienststellen des Rates untergebracht werden sollen, ist letzterer nicht der Bauherr.

Der Rat hat daher weder Beziehungen zum Generalunternehmen noch zu den Subunternehmern oder den Lieferanten des Generalunternehmens, bei dem die zwölf auf der betreffenden Baustelle festgenommenen Bauarbeiter anscheinend beschäftigt waren. Nach belgischem Recht ist der Arbeitgeber und nicht der Käufer für die Einhaltung der Sozialgesetzgebung zuständig. Der Rat achtet auf jeden Fall darauf, dass in alle der von ihm geschlossenen Dienstleistungsverträge Bestimmungen über die Einhaltung des Rechts des Gastlands aufgenommen werden.

2. Als Antwort auf die Frage des Herrn Abgeordneten in Bezug auf die Migration sei darauf hingewiesen, dass der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 15. Dezember 2006 festgehalten hat, dass er im Laufe des Jahres 2007 ein Reihe von Maßnahmen treffen wird. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, in Bezug auf die legale Migration eine gut durchdachte Migrationspolitik unter uneingeschränkter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten zu entwickeln. Diese soll den Mitgliedstaaten dabei helfen, den bestehenden und künftigen Bedarf an Arbeitskräften zu decken und zugleich einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung aller Länder zu leisten.

In diesem Zusammenhang rechnet der Rat damit, dass die Kommission gemäß dem strategischen Plan zur legalen Zuwanderung 2007 Vorschläge für einen allgemeinen Rahmen mit Garantien für den Zugang von Drittstaatsangehörigen zum Arbeitsmarkt sowie die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt hoch qualifizierter Arbeitnehmer annehmen wird.

Ferner sei darauf hingewiesen, dass der Europäische Rat auch hervorgehoben hat, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der illegalen Zuwanderung gestärkt werden muss, wobei die Mitteilung der Kommission über die diesbezüglichen politischen Prioritäten zu berücksichtigen ist. Insbesondere werden die Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU verstärkt. Der Europäische Rat hat die Kommission ersucht, diesbezüglich bis April 2007 Vorschläge zu unterbreiten.